

**Niederschrift**  
**über die öffentliche Sitzung des Kreistages Friesland am 26.02.2025 im Haus  
des Gastes (Kursaal), Zum Hafen 3, 26434 Wangerland-Horumersiel**

---

**Beginn:** 14:30 Uhr

**Ende:** 18:36 Uhr

**Teilnehmer/innen:**

Vorsitzender

Osterloh, Uwe

Mitglieder

Ambrosy, Sven

Bergfeld, Christian

Berner, Christian

Bruns, Isabel

Burgenger, Uwe

Busch, Sigrid

Buß, Manfred

Eilers, Claus

Ender, Anja

Esser, Martina

Funke, Karl-Heinz

Gburreck, Fred

Haesihus, Heiner

Herfel, Bärbel

Homfeldt, Axel

Janßen, Dieter

Jensen, Katharina

Kaiser-Fuchs, Marianne

Kruse, Timmy

Kück, Anke

Kühne, Lars

Lammers, Anke

Möller, Jan Ole

Möller, Siemtje

Neugebauer, Axel

Ratzel, Gerhard

Recksiedler, Raimund

Sudholz, Melanie

Tammen, Reiner

Theemann, Hendrik

Weidemann, Wolfgang

Wiesner, Jannes

Online-Teilnahme

abwesend ab TOP Ö 9 (18:31 Uhr)

abwesend ab TOP Ö 6.2.1 (16:03 Uhr)

abwesend ab TOP Ö 6.3.5 (18:30 Uhr)

abwesend ab TOP Ö 8.3 (18:32 Uhr)

Online-Teilnahme,  
anwesend von TOP Ö 6.2.1 (15:21 Uhr) bis TOP  
Ö 6.2.1.8 (17:36 Uhr)

abwesend ab TOP Ö 6.3.5 (18:30 Uhr)

Wilken, Wilhelm  
Wittke, Agnes  
Zerth, Britta

Online-Teilnahme  
Online-Teilnahme, anwesend von TOP Ö 3 (14:47 Uhr)  
bis TOP Ö 6.3.5 (18:30 Uhr)

Zillmer, Dirk

Teilnehmer/in des JuPa FRI  
Osewold, Jonas

Angehörige der Verwaltung

Cramer, Ann-Kathrin  
Desenz, Romina  
Duit, Sarah  
Janßen, Reent  
Neuhaus, Rolf  
Niebuhr, Bernd

## **TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Kreistagsvorsitzende Herr Osterloh eröffnet die Sitzung. Er begrüßt alle vor Ort anwesenden und per Videokonferenztechnik zugeschalteten Kreistagsabgeordneten, die Presse und Bürgerinnen und Bürger.

## **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Der Kreistagsvorsitzende Herr Osterloh stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

## **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Der Kreistagsvorsitzende Herr Osterloh kündigt an, die Tagesordnung zunächst um TOP 3.1 (Pflichtenbelehrung neuer Mitglieder (§ 43, 40 – 42 NKomVG) einschließlich datenschutzrechtlicher Verpflichtung im Falle der Nutzung des elektronischen Kreistagsinformationssystems) zu erweitern.

Darüber hinaus bringt Herr KTA Wiesner einen Änderungsantrag zum Haushalt 2025 ein: Es soll auf die bisher vorgesehenen Mittelkürzungen für die freiwilligen Aufgaben der Jugendgerichtshilfe und des Pro-Aktiv-Centers verzichtet werden. Der Kreistagsvorsitzende Herr Osterloh teilt mit, die Tagesordnung werde daher um den TOP 6.2.1.6 erweitert; die Gesamtabstimmung über den Haushalt verschiebe sich entsprechend.

Die geänderte Tagesordnung wird sodann einstimmig festgestellt.

[Im Verlauf der Sitzung stellt die Gruppe CDU / ZV / UWG verschiedene Anträge zum Haushalt 2025. Diese werden unter TOP 6.2.1.7 in die Tagesordnung eingefügt; die Gesamtabstimmung über den Haushalt 2025 wird zu TOP 6.2.1.8.]

### **TOP 3.1 Pflichtenbelehrung neuer Mitglieder (§ 43, 40 – 42 NKomVG) einschließlich datenschutzrechtlicher Verpflichtung im Falle der Nutzung des elektronischen Kreistagsinformationssystems**

Das in den Kreistag entsandte Mitglied des Jugendparlaments, Herr Jonas Osewold, wird von Herrn Landrat Ambrosy verpflichtet, die Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch wahrzunehmen und die Gesetze zu beachten.

Herr Osewold wird gemäß § 43 NKomVG über die nach den §§ 40 – 42 NKomVG einzuhaltenden Pflichten belehrt:

- Amtsverschwiegenheit (§ 40 NKomVG)
- Mitwirkungsverbot (§ 41 NKomVG)
- Vertretungsverbot (§ 42 NKomVG).

Die Verpflichtung wird aktenkundig gemacht und von Herrn Osewold unterzeichnet. Die entsprechenden Auszüge aus dem NKomVG werden Herrn Osewold ausgehändigt.

Für die Nutzung des elektronischen Kreistagsinformationssystems enthält die Verpflichtung ergänzende Erklärungen zur Geheimhaltung und zum Datenschutz.

Herr Landrat Ambrosy verpflichtet Herrn Osewold per Handschlag.

## **TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 18.12.2024**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 18.12.2024 wird einstimmig genehmigt.

## **TOP 5 Einwohnerfragestunde**

Einwohnerin A bittet Herrn Landrat Ambrosy um Rückmeldung, warum die Fragen hinsichtlich der geplanten Änderung der Schulbezirkssatzung aus den Einwohnerfragestunden der Sitzungen des Ausschusses für Schule, Sport und Kultur vom 16.01.2025 und vom 20.02.2025 nicht beantwortet worden seien, obwohl man dies zugesagt habe. Zudem fragt Bürgerin A, ob sich Herr Landrat Ambrosy vorstellen könne, dass Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in die Kreispolitik verlieren, wenn Entscheidungen an ihnen vorbeigetroffen werden.

Herr Landrat Ambrosy erklärt, die Fragen seien entgegengenommen und während der Aussprache innerhalb der Sitzungen beantwortet worden. Sollten noch konkrete Fragen offen sein, können diese gerne im Rahmen der jetzigen Einwohnerfragestunde gestellt werden. Vertrauen könne verloren gehen, wenn man das Gefühl habe, nicht gehört zu werden. Gleichwohl müsse er als Landrat die Interessen aller Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises vertreten; also alle kreiseigenen Schulen entwickeln, die demografische Entwicklung sehen und beachten sowie die Finanzen im Blick behalten. Es könne nicht eine bestimmte Oberschule zu Lasten anderer Oberschulen - entgegen der zu erwartenden Schülerzahlen - ausgebaut werden.

Einwohnerin B fragt nach, warum unter dem Aspekt steigender bzw. fallender Schülerzahlen nicht die Möglichkeit einer Modul- oder Containerbauweise an der OBS Bockhorn, die jederzeit räumlich flexibel nach oben oder unten skalierbar ist, geprüft worden sei.

Herr Landrat Ambrosy verweist auf die geltende Schulentwicklungsplanung, die davon ausgehe, die vorhandenen Schulen zu nutzen bzw. die vorhandenen Ressourcen vernünftig auszunutzen. Bezüglich der Schülerzahlen für die weiterführenden Schulen liegen Ist-Zahlen vor, weil die Schülerinnen und Schüler bereits geboren worden sind. Gemäß der demografischen Zahlen sei die OBS Bockhorn eine zweizügige Schule. Herr Landrat Ambrosy plädiert, die Schulstandorte nicht gegeneinander auszuspielen und warnt vor einer möglichen Kannibalisierung der Oberschulen in Sande und in Obenstrohe.

Einwohner C bittet um Antwort, wie die Gruppen und Fraktionen auf die geplante Änderung der Schulbezirkssatzung reagieren werden.

Herr Landrat Ambrosy erklärt, dies werde die Aussprache zeigen. Im Übrigen bedankt sich Herr Landrat Ambrosy für die engagierte Diskussion der Schülerinnen und Schüler und weist darauf hin, wer bereits Schülerin oder Schüler der OBS Bockhorn ist, bleibe dies auch bei einer Änderung der Schulbezirkssatzung.

Einwohner C zieht seine Frage zurück.

Einwohnerin A fragt die Kreistagsabgeordneten aus Bockhorn und Zetel, ob sie es verantworten können, dass durch die Lenkung der Schülerströme unter Berücksichtigung einer geänderten Schulbezirkssatzung ggf. Schülerinnen und Schüler mit der IGS Zetel eine Schulform besuchen, die nicht für alle Schülerinnen und Schüler einer Oberschule geeignet sei. Einwohnerin A fragt zudem, ob die angesprochenen Kreistagsabgeordneten es nicht gerechter finden würden, die IGS Zetel und die OBS Bockhorn gleichermaßen zu stärken; z. B. mit einem Gymnasialzweig an der IGS Zetel.

Herr Landrat Ambrosy verweist erneut auf die Schulentwicklungsplanung und die demografische Entwicklung. Die Politik habe entschieden, dass es an der IGS Zetel über die 10. Klas-

se hinaus keinen gymnasialen Zweig geben werde, auch um die gymnasialen Zweige am LMG Varel und an der BBS Varel zu schützen. Es gebe zu wenig Kinder im Landkreis und man müsse dafür Sorge tragen, die vorhandenen Ressourcen fokussiert einzusetzen.

Herr KTA Wilken antwortet, es gebe keinen Zwang für den Besuch der IGS Zetel, stattdessen werde mit der OBS Obenstrohe eine Alternative angeboten. Es sei natürlich ein Abwägungsprozess zwischen Eltern und Kindern erforderlich.

Einwohnerin D hebt die positiven Aspekte der OBS Bockhorn hervor und sagt, die Bedürfnisse und Anforderungen der Schülerinnen und Schüler würden außer Acht gelassen. Sie fragt, ob man sich nicht schäme.

Der Kreistagsvorsitzende Herr Osterloh teilt mit, die Schülerinnen und Schüler seien über die beteiligten Organe einbezogen worden. Er nehme den Vorwurf nicht an und teilt mit, man schäme sich nicht.

Einwohnerin B fragt, ob die Stellungnahmen der betroffenen Gemeinden zur geplanten Änderung der Schulbezirkssatzung vorliegen und was diese beinhalten.

Herr Landrat Ambrosy antwortet, dass die Stellungnahmen vorliegen. Grundsätzlich sei nicht nur die schriftliche Form der Stellungnahmen entscheidend; es habe auch im Vorfeld einen Austausch mit den betroffenen Städten und Gemeinden gegeben. Die Stadt Varel habe sich für die Änderung ausgesprochen. Die Gemeinde Sande fühle sich nicht betroffen. Die Gemeinde Bockhorn lehne die Änderung der Schulbezirkssatzung ab und sei bereit, bei der Suche nach einem geeigneten Grundstück zu helfen. Die Gemeinde Zetel habe grundsätzlich Verständnis für die geplante Änderung der Schulbezirkssatzung.

Auf Nachfrage von Einwohnerin A, wie viele Kreistagsabgeordnete ihre eigenen Kinder an weiter entfernten Schulen anmelden würden, wenn eine nähere Möglichkeit bestünde, antwortet der Kreistagsvorsitzende Herr Osterloh, dass eine kurzfristige Beantwortung ohne Umfrage nicht möglich sei.

Einwohnerin E fragt, warum es nicht den Schülerinnen und Schülern überlassen bleibe, auf welche Schule sie gehen.

Herr Landrat Ambrosy verdeutlicht, dass die Argumente für die Änderung der Schulbezirke derzeit eventuell nicht plausibel erscheinen mögen. Man könne aber die OBS Bockhorn nicht ausbauen, wenn an anderen Schulstandorten Kapazitäten zur Verfügung stehen; dies habe auch mit Generationengerechtigkeit zu tun.

Einwohnerin B fragt insbesondere die Mehrheitsgruppe, warum die Ergebnisse der Elternarbeit und der Elternwille ignoriert werden.

Herr KTA Wiesner betont, eine Vierzügigkeit oder eine Dreizügigkeit an der OBS Bockhorn könne nicht dauerhaft gehalten werden. Das Engagement der Eltern sei durchaus gesehen worden und man habe sich die Entscheidungsfindung nicht einfach gemacht.

Auf Nachfrage von Einwohnerin B bezüglich der Belastung von Kindern durch weite und lange Schulwege teilt der Kreistagsvorsitzende Herr Osterloh mit, dieses Problem liege in der Struktur von Flächenlandkreisen; es können nicht nur kurze Schulwege gewährleistet werden.

## **TOP 6 Öffentliche Berichte und Vorlagen**

### **TOP 6.1 - aus der Kreisausschuss-Sitzung vom 29.01.2025**

**TOP 6.1.1 Neubesetzung des Ausschusses für Schule, Sport und Kultur; Neubesetzung mit einer Vertreterin des Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbandes Jade e.V.  
Vorlage: 1008/2024**

**Beschluss:**

1. Das Gremium stellt fest, dass die Bestellung gemäß § 110 Absatz 3 NSchG von Herrn Thomas Bruns widerrufen wird.
2. Das Gremium stimmt der Neubesetzung des Ausschusses für Schule, Sport und Kultur mit Frau Neele Knief, Vertreterin der Arbeitgeberverbände, als stimmberechtigtes Mitglied zu.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 6.2 - aus der Kreisausschuss-Sitzung vom 12.02.2025**

**TOP 6.2.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan mit Investitionsprogramm für das Haushaltsjahr 2025  
Vorlage: 1013/2025**

Herr Landrat Ambrosy weist darauf hin, der Beschluss über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan mit Investitionsprogramm für das Haushaltsjahr 2025 umfasse den „Beipackzettel“, die Änderungsanträge der Mehrheitsgruppe, den Antrag der Gemeinde- und Kurverwaltung Wangerooge auf eine Zuwendung zur Sandfahrmaßnahme 2025 sowie den Abwägungsvermerk zur Kreisumlage. Bezüglich der Kreisumlage habe die Anhörung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden stattgefunden.

Der Kreistagsvorsitzende Herr Osterloh gibt den Gruppen und Fraktionen Gelegenheit für ihre Haushaltsreden.

Herr KTA Wiesner weist auf die bundesweite strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen hin. Diese führe dazu, dass man eine noch stärkere Priorisierung bei den künftigen Planungen der Vorhaben vornehmen müsse. Die Kommunen benötigen eine angemessene Finanzierung durch Bund und Land, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Man beschließe einen Haushalt, der den Landkreis Friesland zukunftsfähig gestalten soll. Wie bereits im Jahr 2024 spreche man auch im Jahr 2025 von einem nicht ausgeglichenen Ergebnishaushalt. Die Mehrheitsgruppe schlage eine Kreisumlageerhöhung um 3 Punkte vor. Natürlich habe dies Auswirkungen auf die kreisangehörigen Städte und Gemeinden, aber in einer Situation, in der die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden besser sei als die des Landkreises, müsse man als kommunale Familie zusammenzuwirken. Einsparungen in den Bereichen, in denen man Handlungsmöglichkeiten habe, seien notwendig; jedoch sollen diese gleichmäßig verteilt werden. Für die Mehrheitsgruppe haben drei Bereiche oberste Priorität: Investitionen in die Schulen und die Tageseinrichtungen für Kinder, in die Verkehrsinfrastruktur und in die Gesundheitsinfrastruktur. Der Landkreis Friesland habe schon in der Vergangenheit gezeigt, wie man auch bei einer angespannten Haushaltslage die Zukunftsfähigkeit nicht aus dem Auge verliere und Geld vor allem in die Bereiche investiere, die für die Zukunft und für die kommenden Generationen von großer Bedeutung seien. Mit dem Haushaltsentwurf setze man darauf, dass die Menschen in Friesland auch künftig darauf Verlass haben, dass gute Arbeitsplätze entwickelt werden und dass Friesland auch weiterhin ein lebenswerter Landkreis bleibe.

Herr KTA Zillmer führt aus, man habe den Haushalt 2025 einvernehmlich nicht bereits im Jahr 2024 beschlossen. Ziel sei gewesen, gemeinsame Maßnahmen und Ideen zu entwickeln, um die prekäre Situation zu verbessern. Dies sei leider nicht gelungen, da die von der Gruppe CDU / ZV / UWG eingebrachten Anträge zum Haushalt abgelehnt worden seien. Grundsätzlich finde es Zustimmung, dass auch in Zeiten eines nicht ausgeglichenen Haushaltes weiter investiert werde, jedoch müsse der Blick insbesondere auf die Annuitäten der Kredite gerichtet sein, die im Ergebnishaushalt erwirtschaftet werden müssen. Das Defizit im Haushalt sei zu einem Großteil der unauskömmlichen Finanzausstattung durch Bund und Land geschuldet. Um ein Zeichen zu setzen, werde erneut eine Klage auf Einhaltung der Konnexität gegen das Land beantragt. Bezüglich der Friesland Kliniken sei es notwendig, dass die Geschäftsführung beauftragt werde, neben den Maßnahmen, die sich aus dem IDW S 6 Gutachten ergeben, weitere Anstrengungen zu unternehmen, um jährliche Einsparungen zu erzielen. Zudem werde beantragt, den KiTa-Vertrag mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden zu kündigen, um eine lösungsorientierte Neuverhandlung zu erreichen. In diesem Zusammenhang werde auch der Verzicht auf eine Erhöhung der Kreisumlage beantragt. Sollten die Anträge der Gruppe CDU / ZV / UWG weiterhin abgelehnt werden, werde die Gruppe dem Haushalt nicht zustimmen können.

Frau KTA Esser führt aus, sie habe über die Dramatik der Finanzlage bereits in ihren letzten beiden Haushaltsreden ausführlich gesprochen. Der Fehlbetrag im Ergebnishaushalt 2025 belaufe sich auf über 40 Mio. €. Beim Blick in die Teilhaushalte stelle man fest, dass die Sozialausgaben noch nie so hoch gewesen seien wie in diesem Haushaltsentwurf. Und dennoch sei der gesellschaftliche Zusammenhalt in Gefahr. Gerade die Ausgaben zur Stärkung der Gemeinschaft im Sozialen und in der Jugendarbeit wären in diesen Zeiten notwendig wie schon lange nicht mehr; aber die Handlungsspielräume schrumpfen. Man müsse kritisch im Blick behalten, wie sich diese Kürzungen auswirken. Ein gravierender Teil der finanziellen Belastung im Haushalt entstehe zur Unterstützung der Friesland Kliniken. Es stehen tiefgreifende Veränderungen im stationären Bereich bevor, der ambulanten Versorgung komme eine immer größere Bedeutung zu und die Kliniken müssen wirtschaftlich handeln. Auch wenn man die Finanzlage der kreisangehörigen Städte und Gemeinden sehe und wisse, wie dringend sie ihr Geld für ihre eigenen Aufgaben brauchen, könne man 2025 nicht wie im Vorjahr auf eine Erhöhung der Kreisumlage verzichten. Nach genauer Betrachtung der unterschiedlichen Belastungen habe die Verwaltung eine im Verhältnis zur Dramatik der Finanzlage des Landkreises moderate Erhöhung um 3 Punkte vorgeschlagen. 2025 sollen über 34 Mio. € in die Gebäude investiert werden und das sei richtig; unterlassene Investitionen seien Schulden in der Zukunft. Aus eigener Kraft werde der Landkreis nicht aus der dramatischen Finanzlage herauskommen können; neben der Entbindung von Aufgaben sei auch eine deutliche Erhöhung der Pro-Kopf-Zuweisung vom Land erforderlich. Es müsse gelingen, gemeinsam für eine bessere Ausstattung der Kommunen zu sorgen, denn ein dysfunktionales Gemeinwesen führe direkt in die Politikverdrossenheit und gefährde die Demokratie.

Herr KTA Möller stellt verschiedene Anträge und kündigt an, der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan mit Investitionsprogramm für das Haushaltsjahr 2025 zuzustimmen. Auf Nachfrage des Kreistagsvorsitzenden Herrn Osterloh verzichtet Herr KTA Möller auf eine Abstimmung zu den von ihm gestellten Anträgen.

Herr KTA Burgenger betont, dass die geplanten Investitionen in die Schulen erheblich höher seien als in Radwege. Diesbezügliche Diskussionen, die die Investitionen gegeneinanderhalten, schaden dem Anliegen, eine vernünftige Radinfrastruktur im Landkreis Friesland zu schaffen.

Herr KTA Homfeldt thematisiert, die Landesregierung verfüge über Rücklagen in Höhe von 2,8 Mrd. €, der Landeshaushalt 2024 weise einen Überschuss von knapp 1,5 Mrd. € aus. Er äußert Unverständnis, dass dem Antrag der Gruppe CDU / ZV / UWG, das Land auf Einhaltung des Konnexitätsprinzips zu verklagen, nicht gefolgt werde. Juristische Argumente gegen die Klage werden nicht in Abrede gestellt, aber man müsse irgendwann mal ein Zeichen setzen. Bezüglich der Friesland Kliniken spricht Herr KTA Homfeldt den Förderbescheid über rund 2,2 Mio. € an. Dabei handele es sich nicht um Fördermittel in dem Sinne, sondern es

handele sich um die Prämie für 90 zurückgegebene Planbetten aus Varel. In den kommenden Wochen werde man nach ca. zwei Jahren das Sanierungsgutachten für die Friesland Kliniken und fast zeitgleich die Machbarkeitsstudie für die zukünftige medizinische Versorgung in der Region Wilhelmshaven und Friesland erhalten. Herr KTA Homfeldt sagt voraus, dass in der Kreistagssitzung vor den Sommerferien einige sehr harte Entscheidungen zu treffen seien. Man sei bereit, mit der Mehrheitsgruppe zusammenzuarbeiten, erwarte aber eine Behandlung auf Augenhöhe. Man müsse ins Handeln kommen und wenn die Mehrheitsgruppe dazu bereit sei, habe sie in der Gruppe CDU / ZV / UWG einen Partner.

Herr KTA Wiesner erläutert, es gebe mehrere anhängige Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht. Eine Konnexitätsklage gegen das Land sei symbolisches Handeln, das nicht dazu führe, dass man als Kreis mehr Geld habe. Bezüglich der Friesland Kliniken spricht Herr KTA Wiesner Herrn KTA Funke an, der „vom Todesstoß für das Klinikum in Varel“ gesprochen habe. Man sei durch das Krankenhausreformgesetz dazu gezwungen worden, Reformen anzustreben und man habe mit dem Standort Varel einen zukunftsfähigen Gesundheitsstandort.

Herr KTA Funke weist entschieden zurück, er hätte das Krankenhaus Varel schlechtgeredet. Nach übereinstimmender Überzeugung vieler habe es sich bei der Aufgabe der Inneren um den Todesstoß für das Varel Krankenhaus gehandelt. Im Übrigen führt Herr KTA Funke aus, noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik sei das Konnexitätsprinzip so schlimm verletzt worden. Bezüglich der geplanten Änderung der Schulbezirkssatzung geht Herr KTA Funke darauf ein, dass der Elternwille - auch aufgrund geschichtlicher Erfahrung - in der Verfassung hoch angesetzt sei. Man müsse in der Entscheidung zwischen dem, was man gegenwärtig subjektiv für richtig halten mag, und dem, was man objektiv bewirke, abwägen.

Frau KTA Zerth sagt, viele Probleme, die im Landkreis Friesland bestehen, seien auf die Bundespolitik zurückzuführen.

Herr Landrat Ambrosy geht auf den defizitären Haushalt 2025 ein. Angesichts der Lage werde man jetzt und auch in den nächsten Jahren weiter Schulden machen müssen. Das ließe sich wegen der hinlänglich bekannten Situation nicht vermeiden. Die Frage sei jedoch, wie hoch man sich verschulden müsse. Deshalb müsse man priorisieren. Man habe finanzielle Probleme, aber man könne auch dankbar feststellen, dass die Arbeitslosenquote im Winter mit 4,2 % niedrig gewesen sei und man mit 32.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen den Höchststand der Beschäftigung in der Geschichte des Landkreises erreicht habe. Die Steuereinnahmen seien stabil und dies habe man den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie den Unternehmen zu verdanken; deshalb müsse weiter in die Infrastruktur investiert werden. Man habe eine Kreisumlageerhöhung vorschlagen müssen, um die Bedarfe zu decken. Zur Wahrheit gehöre aber auch, dass die echte Finanzbelastung für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden bei 40 Punkten - nach der Erhöhung bei 41/42 „echten“ Punkten - liege. Dies sei die niedrigste Belastungsquote in der Geschichte des Landkreises Friesland. Bezüglich einer Konnexitätsklage erläutert Herr Landrat Ambrosy, vor dem Staatsgerichtshof in Niedersachsen gebe es keine Leistungsklage, sondern nur die Feststellungsklage. Das Bundesverfassungsgericht werde bei den anhängigen Verfahren Verfassungsrecht sprechen; die Entscheidung werde für alle Kommunen in Deutschland gelten. Herr Landrat Ambrosy plädiert, der Haltung diverser Juristen an der Spitze von Landkreisen, Städten und Gemeinden sowie Spitzenverbänden gegen eine Konnexitätsklage zu vertrauen. Herr Landrat Ambrosy hätte sich gewünscht, dass auch über das Gute im Haushalt 2025 gesprochen werde: Dass man in Schulen, Straßen, Radwege und Digitalisierung investiere oder dass man ein Kinder- und Jugendticket zur Verfügung stelle. Es gebe viel Schatten, aber auch einiges an Licht. Der Landkreis Friesland sei ein attraktiver Lebens- und Wirtschaftsstandort und das habe auch viel mit den Investitionen des Landkreises zu tun.

**TOP      Maßnahmenkatalog Bau zu den Kindertagesstätten im Stadtbezirk**  
**6.2.1.1    Schortens**  
**Vorlage: 0923/2024**

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, den Maßnahmenkatalog entsprechend der Vorlage umzusetzen.

(Für die Umsetzung der Maßnahmenpakete 1.1 und 1.2 werden außerplanmäßige Ausgaben in Höhe von 150.000 € in 2024 zur Verfügung gestellt.)

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP      Breitbandausbau**  
**6.2.1.2    Vorlage: 1018/2025**

Herr KTA Kühne erklärt, man werde gegen den letzten Ausbauschnitt stimmen, da die Gesamtkosten unverhältnismäßig hoch seien und es technologische Alternativen gebe, die ebenfalls in Betracht gezogen werden sollten. Herr KTA Kühne verweist z. B. auf Hybridlösungen, die Mobilfunk und normales Netz kombinieren. Der bisherige Netzausbau sei sinnvoll und gut gemacht gewesen, aber jetzt befinde man sich an einem Punkt, an dem man innehalten und den technologischen Wandel einbeziehen müsse.

Herr Landrat Ambrosy teilt mit, Infrastruktur sei immer auch eine Investition in gleichrangige Lebensverhältnisse. Vom geplanten Ausbauschnitt seien 12.000 Menschen, also knapp 12 % der Gesamtbevölkerung in Friesland, betroffen; dies entspreche fast 500 Unternehmen wie Landwirte, touristische Unternehmen und kleine Hotels. Es sei von Fachleuten bestätigt worden, dass Alternativlösungen physikalisch und technisch nicht gleichwertig seien. Sowohl der Bund als auch das Land warnen vor satellitenbasierten Lösungen. Herr Landrat Ambrosy spricht sich für eine möglichst autarke europäische Breitbandversorgung aus. Die Kosten seien hoch, aber 75 % der Kosten werden von Bund und Land übernommen. Es handele sich beim Breitbandausbau um eine der wichtigsten Infrastrukturmaßnahmen, die den Wirtschaftsstandort und den Lebensstandort sichere.

Herr KTA Theemann hebt den Breitbandausbau als die Zukunftsinfrastruktur hervor und betont die Notwendigkeit, in die digitale Infrastruktur zu investieren.

**Beschluss:**

1. Der Kreistag stellt fest, dass seitens der Städte und Gemeinden keine Beteiligung an der Finanzierung des Breitbandausbaus erfolgt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die finanziellen Auswirkungen im Rahmen der Haushaltsplanung 2025 - 2028 darzustellen und in den Haushaltsentwurf 2025 und folgende zu integrieren.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich beschlossen

Ja:	26
Nein:	10
Enthaltung:	0

**TOP 6.2.1.3 Antrag der Gemeinde und Kurverwaltung Wangerooge auf eine Zuwendung zur Sandfahrmaßnahme 2025**

Auf Nachfrage von Herrn KTA Zillmer erläutert Herr Landrat Ambrosy, die Gemeinde Wangerooge befinde sich noch in Gesprächen hinsichtlich einer finanziellen Unterstützung durch das Land Niedersachsen; die NBank habe aber signalisiert, dass keine Unterstützung zu erwarten sei. Herr Landrat Ambrosy werde daher mit der Gemeinde Wangerooge weiter politisch tätig werden und dafür werben, dass sich das Land Niedersachsen an den Kosten beteilige. Man sehe das Land Niedersachsen in der Pflicht, da es sich bei der Maßnahme nicht um eine touristische Maßnahme, sondern um eine Küstenschutzmaßnahme handelt.

**Beschluss:**

Dem Antrag der Gemeinde- und Kurverwaltung Wangerooge auf eine hälftige Zuwendung an den Gesamtkosten zur Sandfahrmaßnahme in Höhe von bis zu 100.000 € wird entsprochen. Die Zuwendung des Landkreises erfolgt subsidiär gegenüber einer Zuwendung des Landes Niedersachsen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 6.2.1.4 Stellenplan 2025 (als Bestandteil des Haushaltsbeschlusses)**

**Beschluss:**

Dem Stellenplan 2025 wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 6.2.1.5 Fortschreibung des Masterplans an Kreisstraßen 2023 bis 2028; Bauprogramm an Kreisstraßen 2025  
Vorlage: 0970/2024**

Herr Landrat Ambrosy weist vorsorglich darauf hin, dass die Fortschreibung des Masterplans an Kreisstraßen mit den insbesondere von der Mehrheitsgruppe beantragten Änderungen, vgl. auch den sogenannten „Beipackzettel“, beschlossen werde.

**Beschluss:**

Der Fortschreibung des Masterplans Kreisstraßen für 2025 ff. in der vorgelegten Form wird zugestimmt.

Die Einstellung der erforderlichen Finanzmittel bleibt der Haushaltsplanung für 2025 vorbehalten.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich beschlossen

Ja:	25
Nein:	10
Enthaltung:	1

**TOP 6.2.1.6 Verzicht auf die Mittelkürzungen für die freiwilligen Aufgaben der Jugendgerichtshilfe und des Pro-Aktiv-Centers**

Der Kreistagsvorsitzende Herr Osterloh teilt mit, die Mehrheitsgruppe habe den Verzicht auf die Mittelkürzungen für die freiwilligen Aufgaben der Jugendgerichtshilfe und des Pro-Aktiv-Centers beantragt. Die Summe belaufe sich auf insgesamt rund 150.000 €, jeweils etwa 75.000 €.

Frau KTA Sudholz kündigt an, dass man den beiden Anträgen zustimmen werde. Sie sei als Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses proaktiv von der NBank als Fördermittelgeber hinsichtlich der Streichung der Mittel für das Pro-Aktiv-Center angeschrieben worden. Sie freue sich, dass man dem Bedarf der jungen Menschen, die das Angebot benötigen, entgegenkomme. Ihr sei wichtig, dass möglichst niemand durchs Raster falle.

Herr Landrat Ambrosy erläutert, die Verwaltung sei mit der Erarbeitung einer Einsparliste beauftragt worden. Diesem Auftrag sei die Verwaltung nachgekommen. Es sei das „Königsrecht“ des Kreistages als Haushaltsgeber, den Vorschlägen der Verwaltung nicht zu folgen. Problematisch sei aber, dass eine Landesinstitution wie die NBank durch gezielte Ansprache von Kreistagsabgeordneten versuche, politische Mehrheiten zu erhalten und dadurch die kommunale Selbstverwaltung untergrabe.

Herr KTA Wiesner schließt sich bezüglich des Pro-Aktiv-Centers dem Vortrag von Frau KTA Sudholz an; es handele sich beim Pro-Aktiv-Center um ein Angebot, das sehr gute Arbeit für junge Menschen leiste und weiter gefördert werden sollte. Bezüglich der ambulanten Jugendgerichtshilfe sollte aber weiter darauf hingewiesen werden, dass es sich um eine Aufgabe in Landeszuständigkeit handele. Dies ändere jedoch nichts daran, dass die Jugendgerichtshilfe mit einer Erfolgsquote von rund 90 % junge Menschen wieder in die Mitte der Gesellschaft begleite und verhindere, dass diese jungen Menschen erneut straffällig werden.

**Beschluss:**

Auf die Mittelkürzungen für die freiwilligen Aufgaben der Jugendgerichtshilfe und des Pro-Aktiv-Centers im Haushaltsplan 2025 wird verzichtet.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP Anträge der Gruppe CDU / ZV / UWG zum Haushalt 2025**  
**6.2.1.7**

**TOP Antrag der Gruppe CDU / ZV / UWG auf Klageerhebung gegen das**  
**6.2.1.7.1 Land Niedersachsen auf Grund der fortlaufenden Verletzung des ver-**  
**fassungsrechtlich verankerten Konnexitätsprinzips**

**Beschluss:**

Ob der fortlaufenden Verletzung des verfassungsrechtlich verankerten Konnexitätsprinzips in Niedersachsen wird die Verwaltung beauftragt, Klage gegen das Land Niedersachsen beim Staatsgerichtshof zu erheben.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich abgelehnt

Ja:	11
Nein:	25
Enthaltung:	0

**TOP Antrag der Gruppe CDU / ZV / UWG auf Kündigung des KiTa-**  
**6.2.1.7.2 Vertrages mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden**

Der Kreistagsvorsitzende Herr Osterloh führt aus, das im Antrag der Gruppe CDU / ZV / UWG genannte Kündigungsdatum müsste auf den 01.08.2026 geändert werden.

Herr Landrat Ambrosy bestätigt, der KiTa-Vertrag müsse neu verhandelt werden. Er warnt, dass - wenn man bereits jetzt kündige und es nicht zu einem neuen Vertragsabschluss kommen sollte - zum Stichtag alle kommunalen Tageseinrichtungen für Kinder auf den Landkreis übergehen. Nach Auffassung von Herrn Landrat Ambrosy wäre es daher der richtigere Weg, zunächst zu verhandeln und dem Kreistag rechtzeitig ein Ergebnis zu präsentieren; erst wenn keine Lösung vorliege, werde die Kündigung des KiTa-Vertrages vorgeschlagen.

Herr KTA Homfeldt weist darauf hin, man rede seit 2022 über das Problem und müsse irgendwann mal „ins Machen kommen“. Wenn man heute die Kündigung beschließen würde, hätten die Beteiligten einen Arbeitsauftrag und kämen unter Handlungsdruck.

Herr KTA Zillmer teilt mit, er habe in seiner Haushaltsrede bereits darauf hingewiesen, dass man vorschlage, die Kreisumlage nicht zu erhöhen, um damit die Gesprächsbereitschaft der kreisangehörigen Städte und Gemeinden in der Angelegenheit zu fördern. Der Antrag werde aufrecht gehalten und es werde um entsprechende Abstimmung gebeten.

**Beschluss (modifiziert hinsichtlich des Datums der Kündigung):**

Der Landkreis kündigt den KiTa-Vertrag mit den Städten und Gemeinden zum 01.08.2026. Bis zum Auslaufen des Vertrages entwickelt der Landkreis einen ausgewogenen Vorschlag zur Kreisumlage und zur Verteilung der KiTa-Kosten.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich abgelehnt

Ja:	12
Nein:	24
Enthaltung:	0

Herr Landrat Ambrosy bittet um Abstimmung, dass der Kreistag ihm ein robustes Verhandlungsmandat mit einem klaren Ziel der Neuverhandlung des KiTa-Vertrages gebe.

Herr KTA Wiesner verweist auf den entsprechenden Beschluss des Kreisausschusses vom 12.02.2025: Das starke Verhandlungsmandat für den Landrat bestehe; nach den Verhandlungen behalte sich der Kreistag trotzdem die selbstständige Entscheidung, ob der KiTa-Vertrag gekündigt werde, vor; es herrsche also kein Annex zwischen den Verhandlungen und der Entscheidung über eine Kündigung.

Herr Landrat Ambrosy bestätigt dies. Dennoch müsse man gegenüber den Hauptverwaltungsbeamten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden aufzeigen, was bei einer Nichteinigung folge.

Im Anschluss lässt der Kreistagsvorsitzende Herr Osterloh über das Verhandlungsmandat von Herrn Landrat Ambrosy gemäß Beschluss des Kreisausschusses vom 12.02.2025 abstimmen. Es ergeht folgender

**Beschluss:**

Herr Landrat Ambrosy erhält ein Verhandlungsmandat, eine Einigung mit den Städten und Gemeinden bezüglich einer neuen Finanzierungsvereinbarung des KiTa-Vertrages über die Kreisumlage, versehen mit einer Mindestfinanzbeteiligung, herbeizuführen. Das Ergebnis der Verhandlungen wird entsprechend vorgelegt. Sollte das Verhandlungsergebnis nicht angenommen werden, wird in einem Stufensystem die fristgerechte Kündigung des KiTa-Vertrages - ausgelöst durch die Gremien - vorbehalten.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP      Antrag der Gruppe CDU / ZV / UWG auf Erstellung eines Konzeptes  
6.2.1.7.3    zur deutlichen Reduzierung des Defizits der Friesland Kliniken**

Der Antrag wird mit modifiziertem Tenor, vgl. Sitzung des Kreisausschusses vom 12.02.2025, zur Abstimmung gestellt.

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss unterstreicht die Beschlussfassung des Aufsichtsrates aus Dezember 2024 und verlangt von PWC, im März 2025 das entsprechende Gutachten nach IDW S 6 vorzulegen, woraus die Geschäftsführung ein entsprechendes Umsetzungskonzept herzuleiten hat.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	1

**TOP      Antrag der Gruppe CDU/ZV/UWG auf transparentere Darstellung von  
6.2.1.7.4    Annuitätskosten**

Herr Landrat Ambrosy betont, sollte der Antrag mit der ursprünglichen Formulierung eine Mehrheit finden, wäre der Finanzhaushalt für den gesamten mittelfristigen Zeitraum zu streichen, da im Jahr 2025 und den nachfolgenden Haushaltsjahren im Ergebnishaushalt keine Überschüsse erwirtschaftet werden können. Somit wären auch keine Investitionen in eigener Zuständigkeit möglich; dies bedeute die Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung. Man

habe im Kreisausschuss am 12.02.2025 einvernehmlich einen guten Kompromiss gefunden, wie die Annuitätskosten zukünftig dargestellt werden sollen. Bei dieser Lösung sollte man laut Herrn Landrat Ambrosy bleiben.

Die Gruppe CDU / ZV / UWG teilt mit, über den Antrag soll gemäß Beschluss aus der Sitzung des Kreisausschusses vom 12.02.2025 entschieden werden.

**Modifizierter Beschluss:**

Für die Haushaltsberatungen wird zukünftig eine ergänzende Vorlage mit den entsprechenden Informationen zu den Annuitätskosten investiver Maßnahmen zur Verfügung gestellt. Bei unterjährig zu beschließenden investiven Maßnahmen erfolgt die Darstellung der Annuitätskosten über eine Vorlage.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	1

**TOP Antrag der Gruppe CDU / ZV / UWG auf Verbleib der Kreisumlage bei  
6.2.1.7.5 53 Punkten**

**Beschluss:**

Die Kreisumlage verbleibt bei 53 Punkten.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich abgelehnt

Ja:	12
Nein:	23
Enthaltung:	1

**TOP Gesamtabstimmung über den Haushalt 2025  
6.2.1.8**

**Beschluss:**

Der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan mit Investitionsprogramm für das Haushaltsjahr 2025 - inkl. Änderungen gemäß „Beipackzettel“ und den Anträgen der Mehrheitsgruppe - wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich beschlossen

Ja:	24
Nein:	12
Enthaltung:	0

[Der Kreistagsvorsitzende Herr Osterloh unterbricht die öffentliche Sitzung des Kreistages auf Grund fortgeschrittener Stunde von 17:34 Uhr bis 17:44 Uhr.]

**TOP Informationsvorlage Sanierung Sporthalle an der OBS Hohenkirchen  
6.2.2 Vorlage: 1011/2025**

**Kenntnisnahme/Empfehlung:**

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

**TOP 6.2.3 Zweckvereinbarung über die Zusammenarbeit in Bereichen des öffentlichen Gesundheitsdienstes zwischen dem Landkreis Wittmund und dem Landkreis Friesland**  
**Vorlage: 1017/2025**

**Beschluss:**

Der Kreistag stimmt der anliegenden Zweckvereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis Friesland und dem Landkreis Wittmund in den Bereichen des öffentlichen Gesundheitsdienstes zu.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 6.2.4 Abschluss eines Rahmenvertrages mit der Firma Cornexion für die Jahre 2025 und 2026**  
**Vorlage: 1021/2025**

**Beschluss:**

Mit dem Abschluss eines Rahmenvertrages zwischen Cornexion und dem Landkreis Friesland wird die Schaffung eines Innovationsnetzwerkes für den Mittelstand angestrebt. Ziel ist es, die Unternehmen für das Thema notwendiger Innovationen zu sensibilisieren und Innovation als Teil der Unternehmensstrategie in den Betrieben zu verankern

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 6.3 - aus der Kreisausschuss-Sitzung vom 25.02.2025**

**TOP 6.3.1 4. Änderung der Schulbezirkssatzung vom 15.12.2003**  
**Vorlage: 1009/2025**

Herr KTA Neugebauer stellt für die Gruppe CDU / ZV / UWG die folgenden Anträge:

1. Die Schulbezirkssatzung wird nicht geändert.
2. Die bereits mehrfach angesprochene Ertüchtigung der Räumlichkeiten zu drei weiteren Klassenräumen wird umgesetzt.
3. Der dringend benötigte zusätzliche Container wird der OBS Bockhorn umgehend zur Verfügung gestellt.
4. Die bereits begonnenen Grundstücksverhandlungen für eine erforderliche Erweiterung der OBS Bockhorn wird fortgeführt.

Die Gründe für die beantragten Maßnahmen seien bereits ausführlich diskutiert worden. Durch die geplante Änderung der Schulbezirkssatzung entstehen neben der zusätzlichen zeitlichen Belastung der Schülerinnen und Schüler auch nichtinvestive Kosten für die Schülerbeförderung. Darüber hinaus werde der erklärte Willen der betroffenen Eltern und der betroffenen Gemeinden nicht beachtet.

Frau KTA Sudholz führt aus, dass für sie der Elternwille an oberster Stelle stehe. Die Eltern hätten klar und deutlich formuliert, warum sie mit der Änderung der Schulbezirkssatzung nicht einverstanden seien. Die Schülerinnen und Schüler hätten Nachteile durch einen längeren Schulweg und eine Einschränkung in ihrer Freizeit und ggf. bei Förderungen wie Logopädie oder Ergotherapie. Eine wohnortnahe Beschulung und die Kinderrechte werden nicht beachtet. Wichtig sei auch die ablehnende Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule, Sport und Kultur. Es gäbe Alternativen zur geplanten Änderung der Schulbezirkssatzung, z. B. durch die Erweiterung der OBS Bockhorn (Anbau, Modullösung, weiteres Grundstück). Stattdessen soll das Problem von Bockhorn nach Varel verlagert werden. Frau KTA Sudholz spricht zudem die schriftliche Stellungnahme der Gemeinde Bockhorn gegen die Änderung der Schulbezirkssatzung an. Seit vier Jahren seien die hohen Anmeldezahlen an der OBS Bockhorn bekannt; vor vier Jahren hätte man auch die Mittel gehabt, um die Schule entsprechend zu erweitern. Frau KTA Sudholz hinterfragt, warum in dieser Zeit die Schulentwicklungsplanung nicht angepasst worden sei. Es werde ein einheitliches Konzept zur Stärkung aller Oberschulen, die in den nächsten Jahren einen Fokus einnehmen werden, benötigt und keine Änderung der Schulbezirke bzw. Verlagerung der Schülerströme. Frau KTA Sudholz plädiert, sich für die genannten Alternativen zur Änderung der Schulbezirkssatzung zu entscheiden.

Herr KTA Wilken weist darauf hin, dass mit allen Beteiligten, also auch mit Elternvertretungen und Schülervertretungen, gesprochen worden sei. Die Kreistagsabgeordneten hätten aber alle Schülerinnen und Schüler an allen Kreisschulen und den Willen aller Eltern im Blick zu haben; nicht nur bezogen auf die OBS Bockhorn. Im Übrigen seien lange Schulwege in einem Flächenlandkreis kein neues Phänomen; man könne nicht in jeder kreisfreien Stadt oder Gemeinde jegliche differenzierte Schulform anbieten. Man habe sich die Entscheidungsfindung nicht einfach gemacht, aber in der Gesamtabwägung halte die Mehrheitsgruppe die Änderung der Schulbezirkssatzung für angemessen und vertretbar.

Herr KTA Eilers nimmt insbesondere die Kreistagsabgeordneten aus der Friesischen Wehde für die heutige Entscheidung in die Pflicht. Er betont, die Eltern der Schülerinnen und Schüler hätten klar zum Ausdruck gebracht, dass sie keine Änderung der Schulbezirke wünschen. Statt die OBS Bockhorn weiter zu stärken und das Bildungsangebot zu optimieren, werde die Schule von der Mehrheitsgruppe vorsätzlich geschwächt und beschädigt; die IGS sei aus ideologischen Gründen die bevorzugte Schulform der Mehrheitsgruppe. Um die Kostenfrage in den Griff zu bekommen, könnten Lösungen im Ausschuss für Bauen und Mobilität, Katastrophen- und Feuerschutz diskutiert werden.

Frau KTA Esser könne nachempfinden, dass es schwer sei, Entscheidungen auszuhalten, die man nicht selbst veranlasst habe. Sie adressiert an die anwesenden Schülerinnen und Schüler der OBS Bockhorn, dass sie auf Grund der geplanten Änderung der Schulbezirkssatzung die Schule nicht verlassen müssen. Zudem seien Geschwisterregelungen vorgesehen. Frau KTA Esser verwehrt sich gegen den Vorwurf einer ideologiegetriebenen Schulpolitik. Der Elternwille laut Schulgesetz beziehe sich nicht darauf, welche Schule man besuche, sondern auf eine Entscheidungsmöglichkeit zwischen möglichst vielen Schulformen. Genau dafür habe sie sich stark gemacht. Grundsätzlich sei es möglich, die Schulbezirkssatzung auch wieder zu ändern, wenn sich die Schülerzahlen mittelfristig doch anders - als in der Schulentwicklungsplanung berücksichtigt - entwickeln sollten. Wenn es zum jetzigen Zeitpunkt eine Perspektive gäbe, dass die Schülerzahlen über viele Jahre so bleiben wie sie aktuell sein, dann hätte man die Angelegenheit anders diskutieren können. So wie die Lage sei - und die Finanzlage sei mehr als dramatisch - könne man dies nicht.

Frau KTA Sudholz verdeutlicht, es sei eine politische Entscheidung, in welche Bereiche investiert werde. Für sie seien Investitionen in Bildung und in die Familien am Wichtigsten.

Herr Landrat Ambrosy fasst zusammen, die inhaltlichen Punkte, die die Verwaltung dazu verpflichtet haben, der Politik die Änderung der Schulbezirkssatzung vorzuschlagen, seien bereits dargelegt worden. Er verbitte sich, vorsätzliche Motivlagen zu unterstellen. Die Schulentwicklungsplanung habe lange getragen und sie werde auch noch lange tragen.

Durch den Zuzug von Migrantinnen und Migranten seien die Schülerzahlen zwar kurzfristig gestiegen, dies ändere jedoch nichts an der Geburtenrate. Die geplante Änderung der Schulbezirkssatzung sei eine schwere Entscheidung, die sich niemand leicht mache. Aber man sei in einer Situation, in der man die Schülerzahlen und die finanzielle Situation des Landkreises nicht ignorieren dürfe. Herr Landrat Ambrosy betont, zur Ideologiefreiheit gehöre es auch, die IGS nicht so darzustellen, dass sie keine Alternative zur OBS sei. Zwei Punkte des Antrages der Gruppe CDU / ZV / UWG seien unstrittig: Die geplanten Maßnahmen in Höhe von 1,5 Mio. € sollen umgesetzt werden und bei Bedarf könne ein weiterer Container zur Überbrückung bereitgestellt werden.

Herr KTA Wilken geht auf den Wortbeitrag von Herrn KTA Eilers ein. Natürlich habe man ein Herz für die Friesische Wehde, aber man könne „das Kreishemd nicht ganz ausziehen“. Auch wenn es nach außen nicht unbedingt so aussehe, stärke man die OBS Bockhorn dadurch, dass man sie nicht dauerhaft mit Containern ausstatte. Zugleich müsse der bauliche Zustand der IGS Zetel verbessert werden. Insofern engagiere man sich für beide Schulformen in der Friesischen Wehde, da beide Schulformen ihre Berechtigung hätten.

Zunächst lässt der Kreistagsvorsitzende Herr Osterloh über die Anträge der Gruppe CDU / ZV / UWG in toto abstimmen.

#### **Beschluss:**

1. Die Schulbezirkssatzung wird nicht geändert.
2. Die bereits mehrfach angesprochene Ertüchtigung der Räumlichkeiten zu drei weiteren Klassenräumen wird umgesetzt.
3. Der dringend benötigte zusätzliche Container wird der OBS Bockhorn umgehend zur Verfügung gestellt.
4. Die bereits begonnenen Grundstücksverhandlungen für eine erforderliche Erweiterung der OBS Bockhorn wird fortgeführt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich abgelehnt

Ja:	13
Nein:	23
Enthaltung:	0

Im Nachgang ergeht folgender

#### **Beschluss (unter Erweiterung des Beschlussvorschlages gemäß Entscheidung des Kreisausschusses vom 25.02.2025):**

Die 4. Änderung der Schuleinzugssatzung vom 15.12.2003 wird wie folgt beschlossen:

##### § 6 Oberschule Varel, Arngaster Straße

Der Schulbezirk für die Oberschule Varel, Arngaster Straße besteht aus den Grundschulbezirken der Grundschule am Schlossplatz, der Grundschule Osterstraße, der Grundschule Hafenschule Varel, der Grundschule Büppel der Stadt Varel sowie aufsteigend ab dem Schuljahr 2025/2026 aus der Grundschule Zetel und der Grundschule Bohlenberge.

##### § 9 Oberschule Bockhorn

Der Schulbezirk für die Oberschule Bockhorn besteht aus der Gemeinde Bockhorn sowie aus dem Ortsteil Neuenburg der Gemeinde Zetel.

Die Satzungsänderung tritt mit Beginn des Schuljahres 2025/2026 am 01.08.2025 in Kraft.

Darüber hinaus wird bekräftigt, dass

1. Die an der Oberschule Bockhorn geplanten Maßnahmen über 1,5 Mio. € zeitnah nach Genehmigung des Haushaltes umgesetzt werden und
2. wenn es für eine Überbrückung notwendig sein sollte, an der Oberschule Bockhorn ein

zusätzlicher Container bereitgestellt werden kann.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich beschlossen

Ja:	22
Nein:	13
Enthaltung:	0

**TOP 6.3.2 Elternbefragung der Eltern und Sorgeberechtigten der Kinder an der Grundschule Zetel und Bohlenberge zur Änderung der Schuleinzugsbezirkssatzung  
Vorlage: 1026/2025**

**Kenntnisnahme/Empfehlung:**

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

**TOP 6.3.3 Sachstandsbericht zur baulichen und räumlichen Situation an der OBS Bockhorn  
Vorlage: 1028/2025**

**Kenntnisnahme/Empfehlung:**

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

**TOP 6.3.4 Darstellung der Schülerbeförderung bei Zustandekommen einer Änderung der Schuleinzugsbezirkssatzung für die Oberschule Sande und die Oberschule Varel  
Vorlage: 1029/2025**

**Kenntnisnahme/Empfehlung:**

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

**TOP 6.3.5 Änderung in der Besetzung der Vertretung des Landkreises Friesland in Ausschüssen außerhalb des Kreistages und in sonstigen Organisationen, denen der Landkreis angehört  
Vorlage: 1042/2025**

**Beschluss:**

Es wird die vorgeschlagene Änderung in der Besetzung der Vertretung des Landkreises Friesland in Ausschüssen außerhalb des Kreistages und in sonstigen Organisationen, denen der Landkreis angehört, beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 7 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses**

**TOP 8 Anfragen zu den öffentlichen Punkten der Kreistagsausschüsse**

**TOP 8.1 Ausschuss für Schule, Sport und Kultur vom 16.01.2025**

**TOP 8.2 Ausschuss für Finanzen und Digitalisierung vom 05.02.2025**

**TOP 8.3 Ausschuss für Schule, Sport und Kultur vom 20.02.2025**

**TOP 9 Informationen aus dem Jugendparlament**

Herr Osewold informiert, das Jugendparlament habe eine Klausurtagung durchgeführt und die Planung des Barcamps 2025 habe begonnen. Herr Osewold lädt die Kreistagsabgeordneten ein, Kontakt zum Jugendparlament aufzunehmen.

**TOP 10 Mitteilungen des Landrates**

**TOP 11 Anträge der Fraktionen, Gruppen und Kreistagsabgeordneten**

**TOP 12 Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung**

**TOP 13 Anregungen und Beschwerden**

Uwe Osterloh  
Kreistagsvorsitzender

Sven Ambrosy  
Landrat

Sarah Duit  
Protokollführerin